

WEHRHAFTE DEMOKRATIE DURCHSETZEN

UNSER 10-PUNKTE-PLAN

- **Zivilgesellschaft, Journalist*innen und Politiker*innen schützen**
- **Hass und Hetze im auch im Internet konsequent verfolgen**
- **Waffenrecht verschärfen – Zugang zu Waffen einschränken**

Bedrohungen, Einschüchterungen, Angriffe, Brandanschläge bis hin zu Morden bedrohen unsere Demokratie. Sie geschehen aus rassistischen Motiven. Die Angriffe richten sich gegen Menschen jüdischen Glaubens, gegen Muslime und vermehrt auch gezielt gegen politische Aktive oder Journalist*innen. Dahinter steckt die Strategie der extremen Rechten, Menschen in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus und ihrer Aufklärungsarbeit darüber zu verängstigen und möglichst zum Rückzug zu bewegen.

In Niedersachsen mussten wir allein in den vergangenen Monaten Brandanschläge auf das Haus einer jüdischen Familie in Hemmingen und in Syke auf das Restaurant eines aus Syrien stammenden Deutschen erleben. Ebenso mussten wir erleben, wie die NPD gegen einen Journalisten gezielt demonstrierte, wie ein Bürgermeister angesichts von Bedrohungen zurücktrat und ein Bündnissprecher gegen Rechts systematisch bedroht wird. Gleichzeitig brechen sich Hass und Hetze sowie Beleidigungen und andere Straftaten anonym über soziale Netzwerke Bahn. Die Gewalttaten von Halle, die Morde von Hanau, die Festnahme einer Terrorgruppe zeigen auf, wie aus Worten blutige Taten werden.

Diesen Entwicklungen muss eine wehrhafte Demokratie entschlossen begegnen. Dazu gehört unmittelbar ein verstärkter Schutz jüdischer und muslimischer Einrichtungen. Aber wir brauchen darüber hinaus wesentlich mehr Maßnahmen und Instrumente, um diese Entwicklungen nachhaltig einzudämmen, mögliche Betroffene generell besser zu schützen und Straftaten konsequenter zu verfolgen.

Deshalb fordern wir Grünen im Landtag für Niedersachsen in einem ersten Schritt eine Verbesserung des Schutzes des privaten Umfelds, Maßnahmen zu Bekämpfung von Hass und Hetze im Internet und eine Veränderung des Waffenrechts, um Besitz und den Zugang zu Waffen weiter zu erschweren.

Die Grünen im Landtag schlagen deshalb einen 10-Punkte-Plan vor und bringen die dafür notwendigen Anträge in die Februar-Sitzung des Landtages ein.

1. Besserer Schutz von persönlichen Daten – Wer bedroht wird, muss unbürokratisch und niedrigschwellig eine komplette Auskunftssperre seiner Daten erreichen können. Es bedarf einer Landesregelung für die Kommunen.

2. Datenherausgabe der Behörden reduzieren – Die Herausgabe von persönlichen Daten nach Anfragen bei Behörden soll im Regelfall nur noch mit Zustimmung der Betroffenen möglich sein. Auch dies bedarf lediglich einer Landesregelung für die Kommunen.

-1-



WEHRHAFTHE DEMOKRATIE DURCHSETZEN

UNSER 10-PUNKTE-PLAN

- 3. Daten von Kommunalpolitiker*innen schützen** – Wahlzettel kommen ohne Adressen aus: Wohnanschriften von Bewerber*innen um politische Ämter und Mandate sollen nicht mehr veröffentlicht werden, lediglich die Wohngemeinde wird genannt. Für Landtags- und kommunale Wahlen bedarf es einer Landesregelung. Für bundesweite Wahlen soll Niedersachsen eine Bundesratsinitiative einbringen.
- 4. Hass und Hetze im Netz konsequent verfolgen** – Die Landesregierung stellt sicher, dass Polizei und Justiz in Niedersachsen verstärkt für die Verfolgung von Hassdelikten im Netz geschult werden. Verfahren wegen Volksverhetzung dürfen nicht mehr ohne Sanktionen eingestellt werden.
- 5. Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft für Hate-Speech- und Hassdelikte schaffen** – Die Landesregierung stellt künftig sicher, dass Ermittlungen gegen Hetze und Hassdelikte im Internet zentral an einer Stelle zusammenlaufen und effektiv verfolgt werden können.
- 6. Forschung zur Bekämpfung von Hate-Speech und Hassdelikte stärken** – Das Land finanziert Forschungsaufträge zur Entwicklungen von Maßnahmen gegen Hass und Hetze im Internet.
- 7. Prävention gegen Hass und Hetze stärken** – Kitas, Schulen, Volkshochschulen, Hochschulen und Weiterbildungsinstitutionen in Niedersachsen müssen auf allen Ebenen das Engagement für Demokratische Bildung und Demokratieerziehung stärken. Das Land stellt finanzielle und personelle Ressourcen bereit, insbesondere für Material, Fortbildungen und Workshops.
- 8. Zugang zu Waffen einschränken** – Über die neue Regelanfrage bei Polizei und Verfassungsschutz vor Erteilung einer Waffen- oder Sprengstoffrechtlichen Erlaubnis hinaus müssen regelmäßig neue Erkenntnisse über die betroffenen Personen an die Waffenbehörden gehen. Die Schwelle für Versagen oder Entzug einer Waffenerlaubnis muss über Bundesgesetz oder Landesregelung herabgesenkt werden. Im Zweifel gibt es keine Waffe - in dubio contra telum.
- 9. Kein Privatbesitz von halbautomatischen Waffen und Zugang zu Munition einschränken** – Der Privatbesitz von halbautomatischen Waffen muss in Deutschland generell untersagt werden. Sportschütz*innen dürfen künftig Munition grundsätzlich nicht mehr zu Hause lagern. Munition verbleibt ausschließlich an den Schießsportanlagen und darf nur noch über die Vereine beschafft werden. Dafür startet das Land eine Bundesratsinitiative.
- 10. Land unterstützt Kommunen bei Umsetzung des neuen Waffenrechts** – Mit der Veränderung des Waffenrechts auf Bundesebene sind wichtige Schritte zur Eingrenzung des Waffenbesitzes auf den Weg gebracht. Die Landesregierung stellt über eine entsprechende Unterstützung der Kommunen sicher, dass die neuen Regeln auch umgesetzt werden.

-2-



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
IM LANDTAG NIEDERSACHSEN

